



Tagungsbericht

Von der Friedensmacht zur
Festung Europa?
51. AFK-Kolloquium
7. – 9. März 2019, Erfurt

Prof. Dr. Eva Hinterhuber

VTP 01/01-2019

**Tagungsbericht an die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)
über das 51. AFK-Kolloquium 2019**

Von der Friedensmacht zur Festung Europa?

Allgemeine Angaben

Termin: 7.-9. März 2019

Ort: Erfurt

Fördersumme: 10.000 Euro

Antragstellerin:

Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)

Prof. Dr. Eva-Maria Hinterhuber (AFK-Vorstand)

AFK-Geschäftsstelle

c/o Fakultät Gesellschaft und Ökonomie

Hochschule Rhein-Waal

Marie-Curie-Straße

47533 Kleve

Tel.: 02821-80673-9633 / -390

Fax: 02821-80673-162

E-Mail: afk-gf@afk-web.de

1. Thema und Leitfragen des AFK-Kolloquiums 2019

Die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung greift mit ihren Kolloquien aktuelle Themen der Friedens- und Konfliktforschung auf und zielt dabei darauf, die wissenschaftliche Forschung sowie die politische Praxis zusammenzubringen. Das 51. Kolloquium fand unter dem Titel „Von der Friedensmacht zur Festung Europa?“ vom 7.-9. März 2019 im Augustinerkloster in Erfurt statt. Im Mittelpunkt stand das veränderte Verständnis Europas in Bezug auf den äußeren und inneren Frieden: Welche Rolle nimmt die EU in anderen Regionen ein? Wie gestaltet die EU innere Konflikte und den Umgang mit z.B. Migration von außen?

Die Leitfragen der Tagung lauteten:

- Ist Europa noch eine normative Friedensmacht? War die EU jemals eine wirkliche Friedensmacht?
- Wie weit helfen Theorien der Friedens- und Konfliktforschung die gegenwärtige Situation in Europa zu verstehen?
- Was kann eine kritische Friedensforschung zur Erforschung der gegenwärtigen (europäischen) Krisen leisten?
- Wie wurde Migration zu einer „Bedrohung“ für Europa?
- Was bedeutet die wachsende militärische Zusammenarbeit der EU in der Form einer „Europäischen Verteidigungsunion“?
- Wie unterdrücken autokratische Regierungen lokale Bevölkerungen, und wie kann Europa sich dagegen positionieren?

2. Zusammenfassung der Einzelbeiträge des Kolloquiums

Begrüßung und Eröffnung der Tagung

Das 51. Jahreskolloquium der AFK diente dem Austausch über das Selbstverständnis der Europäischen Union in ihrer Rolle als Friedensstifterin im Inneren wie Äußeren. Aktuelle politische Entwicklungen wie Russlands territoriale Ansprüche auf der Krim, der anstehende Brexit und die Geringschätzung des US-Präsidenten für Europa schaffen ebenso neue Herausforderungen für die EU wie die weiter bestehenden Krisenherde in Nahost und Syrien und die damit verbundenen Debatten um die europäische Migrationspolitik. Vor diesem Hintergrund diskutierten die rund 100 Teilnehmenden aus Forschung, Politik und Zivilgesellschaft beim 51. Jahreskolloquium der AFK die Chancen und Herausforderungen der „Friedensmacht Europa“.

Podiumsdiskussion: Concepts of Peace and Peacebuilding: Europe and Beyond

In seinem Auftaktvortrag zur Podiumsdiskussion verdeutlichte Oliver Richmond (University of Manchester), dass ein Mehr an komplexen Lösungsansätzen nicht immer zu „besseren“, d.h. nachhaltigeren Friedensansätzen führen muss. In einer genealogischen Beschreibung der Peacebuilding-Architektur beschrieb er sechs aufeinander aufbauende Ebenen und eine Zunahme an Komplexität in Bezug auf die Aufgaben und die Ausdifferenzierung der Bereiche von Peacebuilding. Diese habe zu einem Legitimitätsproblem von Peacebuilding und zu einer wachsenden Instabilität des internationalen politischen Systems geführt. Für die Zukunft der internationalen

Friedenskonsolidierung prognostizierte Richmond zwei mögliche Szenarien: Entweder würde eine (Rück-)Besinnung auf das kritische und emanzipatorische Potential von Peacebuilding orientiert an einer Ausweitung von Menschenrechten einsetzen, oder es käme zu einem Kollaps des UN-basierten Peacebuilding- Systems insgesamt.

In der auf den Vortrag folgenden Podiumsdiskussion diskutierten Martina Fischer (Brot für die Welt), Jalale Getachew Birru (Universität Erfurt/Willy Brandt School of Public Policy) und Solveig Richter (Universität Erfurt) mit Oliver Richmond über die Frage, wie eine internationale Friedensarchitektur nachhaltig gesichert und ausgebaut werden kann. Die Beiträge aus Theorie und Praxis der Friedenskonsolidierung beleuchteten die Frage dabei aus unterschiedlichen Perspektiven, indem sie etwa das Konzept von Staatlichkeit und Demokratien in den Mittelpunkt stellten oder die Bedeutung der Partizipation der Betroffenen von Gewaltkonflikten betonten.

Keynote: Das Autoritäre als geschlechtliches Machtdispositiv. Effekte für demokratische Verhältnisse in Europa

Die Keynote am zweiten Abend des Kolloquiums hielt die Politikwissenschaftlerin Gabriele Wilde (Universität Münster). Sie diskutierte aus feministisch-theoretischer Sicht, wie das Autoritäre auf die Zerstörung von Pluralität, Differenz und Vielfalt in den Gesellschaften ausgerichtet ist und damit die Grundlagen für demokratische Geschlechterverhältnisse auflöst. Wilde vertrat die These, dass es sich beim autoritären Populismus um eine diskursive Praxis handelt, die in seiner sexistisch und rassistisch unterlegten sozial ausschließenden Form in zentralen Bereichen der Gesellschaft wirkt und wesentliche demokratische Grundlagen umwandelt. Universalistische Werte und politische Kulturen der Repräsentation und Partizipation, des politischen Streits und Diskurses würden unter autoritären Bedingungen nicht länger als Quelle für Freiheit und Gleichheit gelten, sondern zu Instrumenten für Diskriminierung, Ausgrenzung, Missachtung und Verachtung umfunktioniert. In ihrem Vortrag ging Wilde den Fragen nach, wie solche neuen Bedeutungen produziert werden, welche Effekte die Veränderungen für die Konstitution von Geschlechterordnungen haben, und wie autoritäre Politik demokratische Geschlechterverhältnisse bzw. die Vorstellung davon, was als demokratisch zu gelten hat, verändert. Diese Fragen lieferten Details zu aktuellen Bedingungen, unter denen Frauen und Frauenorganisationen agieren oder zivilgesellschaftliche Forderungen nach Gleichstellung gestellt werden können. In zahlreichen Ländern werden die Handlungsspielräume für geschlechterpolitischen Aktivismus zunehmend eingeschränkt – zunächst diskursiv, dann politisch-institutionell. Hier setzte der Beitrag von Marion Böker an, die sich als Präsidiumsmitglied im Deutschen Frauenrat für die Umsetzung der UN-Resolution 1325 einsetzt. Sie ergänzte den Vortrag von Gabriele Wilder mit aktuellen Beispielen aus der weltweiten Arbeit von Frauen-NGOs. Frauenorganisationen seien zunehmend mit der Beschränkung ihrer Handlungsspielräume und mit Repressionen konfrontiert, aber auch damit, dass autoritäre Regime sie zu einem Feigenblatt ihrer angeblich geschlechtergerechten Politik degradieren. Wilde und Böker kamen, moderiert von Claudia Kemper, in ein Gespräch über diese negativen Befunde und mögliche Gegenstrategien. Beide waren sich einig, dass nur eine gezielte Re-Politisierung frauenpolitischer Forderungen geeignet ist, um den populistischen Strategien entgegenzuwirken.

Podiumsdiskussion: Von der Friedensmacht zur Festung Europa? Politik und Wissenschaft im Gespräch

Dem Ziel, Vertreter*innen von Politik und Wissenschaft miteinander in Austausch zu bringen, diente auch die Podiumsdiskussion am zweiten Abend des Kolloquiums zum Thema „Von der Friedensmacht zur Festung Europa“. Arne Lietz, SPD-Europaabgeordneter, diskutierte mit Martina Fischer, Referentin für Frieden und Konfliktbearbeitung bei „Brot für die Welt“, Fragen der Sicherheits-, Verteidigungs- und Rüstungspolitik. Moderiert wurde die Diskussion von Uwe Trittmann (Evangelische Akademie Villigst).

Panel 1: Narrative (und) Konflikte

Das Panel behandelte zwei zentrale Fragen: Welche Rolle spielen Narrative in Konflikten, und wie sehen Konflikte zwischen unterschiedlichen Narrativen aus? Hierfür untersuchte Timothy Williams (Philipps-Universität Marburg) die Rolle von unterschiedlichen Konflikterzählungen über Vergangenheit und welche Auswirkungen diese Erzählungen auf Transitional Justice haben. Dazu wurden die Fälle von Kambodscha und Rwanda verglichen. Das Papier von Miriam Tekath (Philipps-Universität Marburg) analysierte die Narrative der Europäischen Union über Korsika und zeigte auf, dass es dort zwar zu politischer Gewalt kommt, diese jedoch nicht im Europa-Narrativ auftaucht. In der Diskussionsrunde wurden insbesondere drei Aspekte thematisiert. 1.) Welches Konzept von Narrativ liegt den beiden Arbeiten zu Grunde? 2.) Wie unterscheiden sich Methoden der Narrativanalyse von anderen diskursanalytischen Herangehensweisen? 3.) Ist der Befund überraschend, dass die EU zu der Gewalt in Korsika schweigt, da es sich um einen internen Konflikt eines Mitgliedstaates handelt?

Panel 2: Von der ‚Zivilmacht‘ zur ‚Militärunion‘ – aktuelle Entwicklungen in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU

Jürgen Wagner (Informationsstelle Militarisierung, Tübingen) stellte die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (*Permanent Structured Cooperation*, PESCO) der EU-Mitgliedsstaaten in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor. Er erläuterte kritisch, was die PESCO ist, wie sie funktioniert und welche Auswirkungen sie hat. Faktisch stelle die PESCO eine von Deutschland und Frankreich dominierte Reorganisation der EU-Militärpolitik dar, die mit einer Aufstockung der Verteidigungshaushalte der teilnehmenden Staaten sowie letztlich einer Förderung der EU-Rüstungsindustrie und der Rüstungsexporte einhergeht. Björn Aust (Referent für Europapolitik der Bundestagsfraktion Die Linke) vertiefte daran anschließend ein weiteres zentrales Element der aktuellen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: den Europäischen Verteidigungsfonds, ein Finanzierungsinstrument, das dazu beitragen soll, die Fragmentierung des europäischen Rüstungsmarktes zu überwinden. Der Fonds stellt Investitionen in die europäische Rüstungsproduktion bereit und ist somit ein weiteres militärpolitisches Element neben PESCO und den nationalen Verteidigungshaushalten. Es handelt sich faktisch um eine erhebliche Erhöhung der Ausgaben für Verteidigung, die entsprechend zu Lasten anderer Haushaltsposten (etwa im Bereich Strukturförderung oder Soziales) geht. Martina Fischer (Brot für die Welt, Berlin) analysierte in ihrem Vortrag den Nexus von Sicherheit, Migration und Entwicklung in der EU-Politik. Nichtregierungsorganisationen und kirchliche Hilfswerke kritisieren, dass „Sicherheit“ immer stärker auf Kosten von ziviler Krisenprävention und Entwicklungspolitik gehe. Sie wenden sich gegen die Vermischung von Finanzierungsinstrumenten und die damit verbundene Zweckentfremdung von ursprünglich entwicklungspolitisch deklarierten Mitteln, für militärische und polizeiliche Maßnahmen. Ein Beispiel für das Scheitern von „militärischen

Ertüchtigungsmaßnahmen“ stellt etwa der Aufbau der militärischen Eingreiftruppe „G5 Sahel“ dar: Im Jahr 2018 wurden umfangreiche und massive Menschenrechtsverletzungen durch malische Soldaten dieser Truppe nachgewiesen.

In der Diskussion wurde danach gefragt, welche Akteure die PESCO befürworteten; warum die „kleinen“ Staaten sich den „Durchmarsch“ Deutschlands und Frankreichs in der PESCO gefallen lassen, und was unter „strategischer Autonomie“ zu verstehen ist. Es wurde intensiv diskutiert, welche Rolle die vielfältigen Akteure innerhalb von Staaten und Regierungen spielen. Vielfach wurde erhebliche Kritik geübt am Ausbau der europäischen Rüstungsproduktion und an der mangelnden demokratischen Kontrolle und Einflussnahme auf die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Gefordert wurde unter anderem ein Monitoring dessen, was im Zuge von „militärischer Ertüchtigung“ vor Ort geschieht. Hierfür sei die Zusammenarbeit mit lokalen und nationalen NGOs von großer Bedeutung.

Panel 3: EU-Afrika-Beziehungen im Spannungsfeld von Migration, Sicherheit und Entwicklung

Friedrich Plank (Johannes-Gutenberg-Universität Mainz) führte in einem ersten Beitrag seine empirischen Daten zum überlappenden Regionalismus und den Einflusssphären der EU in afrikanischen regionalen Organisationen aus. Er verdeutlichte, dass die EU ihre Partner nicht nach der Größe der Organisation wählt, sondern verstärkt auch Kooperationen mit kleineren Organisationen eingeht, mit denen sich die eigenen Interessen zielgerichteter umsetzen lassen. Julian Bergmann (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn) betrachtete dagegen am Beispiel des Kapazitätsaufbaus zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung (CBSD) die veränderten Förderstrukturen der EU. Aufgrund dieser Veränderungen sei die Verquickung von Ausgaben für Entwicklungs- und Sicherheitspolitik zunehmend zu beobachten, was im Sinne einer Politikkohärenz problematisch sei. In ihrem Kommentar zog Tanja Brühl (Goethe-Universität Frankfurt am Main) zwei Schlüsse: Es gibt eine Zunahme an Pluralität und Heterogenität der Akteure bzw. Akteursgruppen und es findet eine stärkere Militarisierung der Außenpolitik statt. In der anschließenden Diskussion wurden insbesondere Fragen nach der Kontinuität und dem Wandel sowie nach Lösungsstrategien im Umgang aufgeworfen. So stand die Frage im Raum, inwiefern sich diese empirischen Beispiele in den Diskurs zur Versicherheitlichung einbinden ließen oder ob die Beispiele neue Qualitäten der Militarisierung bedeuteten. Auf die Frage, worauf wir hoffen können oder wie wir den Trend abwenden können, hatten die Vortragenden keine Lösungen, sondern verdeutlichten noch einmal, dass der Spielraum klein bleibt, solange das politische Primat davon ausgeht, dass alles, was der Sicherheit dient, auch der Entwicklung dienen würde.

Panel 4: Ist die EU noch eine normative Friedensmacht? Europa- und Friedenswissenschaft im Austausch. Ein Gespräch im Roundtable-Format

Der von Thomas Diez (Eberhard-Karls-Universität Tübingen) organisierte Roundtable beschäftigte sich in Bezug auf die EU mit konzeptionellen Fragen.

Matthias Dembinski (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main) erklärte das Wirken der EU als Zivilmacht durch die institutionelle Gestalt der EU. Insbesondere seit dem Vertrag von Maastricht habe die Bürokratie innerhalb der EU immer größeren Einfluss bekommen und sei die EU zunehmend als internationaler Akteur aufgetreten. Das politische Handeln der EU erkläre sich vor allem durch ihre institutionelle Struktur der EU und die damit verbundenen Entscheidungsverfahren, die stets Kompromisse erforderten. Gabi Schlag (Technische Universität Braunschweig) schilderte ihre Beobachtung eines generellen Krisendiskurses über die EU. Sie argumentierte für eine Abkehr vom starren Akteursbegriff, da die EU in sehr verschiedenen Politikfeldern aktiv sei und sich in jedem Feld anders verhalte. Die EU müsse Ian Manners folgend als

„normative power“ gesehen werden, so dass in ihrer Beobachtung ein stärkerer Fokus auf Sprache und Diskurse gelegt werden sollte. Wichtig sei, wie die EU sich äußere und wie darüber gesprochen werde. Martin Kahl (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg) sah die EU aus deklaratorischer Sicht als Friedensmacht. Bei der Unterstützung schwacher Demokratien und auch durch die Osterweiterung sah er Erfolge, diese liegen jedoch in der Vergangenheit. Aktuell gäbe es eher ambivalente Wirkungen der EU. Die EU fokussiere sich zunehmend auf technische Kooperationen anstelle von Demokratieforderungen. Eine Möglichkeit zur Stärkung der Strahlkraft als Friedensmacht könne nur von Innen ausgehen, so Kahl. Thomas Diez sah eines der aktuellen Probleme in der „grenzreproduzierenden Herausforderung“ und der Frage, inwieweit die EU selbst einen Staat reproduziere. Er zeigte sich skeptisch, dass die EU durch Integration konflikttransformierend wirken könne. Die Kräfte des Nationalismus würden dabei unterschätzt. In der Diskussion zeigte sich das Problem einer europäischen Armee bei ungelösten inneren Streitigkeiten, die auch aus einer Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Wertevorstellungen resultiere. Für die anstehende EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands wurde eine Stärkung der zivilen Krisenprävention vorgeschlagen.

Panel 5: Institutionen und Konfliktmanagement

Panel 5 widmete sich dem Themenfeld „Institutionen und Konfliktmanagement“ und umfasste zwei Beiträge, erstens von Samora Nkomo (University of Botswana; in Abwesenheit), Christina Pesch und Larissa Pflüger (beide Goethe-Universität Frankfurt am Main) zum „Impact of borders and border management on the development of the Kalanga community in the Botswana-Zimbabwean borderland“ und zweitens von Siddarth Tripathi und Solveig Richter (beide Willy Brandt School of Public Policy, Universität Erfurt) zu „Blended legitimacy in post-conflict states? EU peace missions and informal power networks“. In ihrem gemeinsam mit Samora Nkomo durchgeführten Forschungsprojekt wiesen Christina Pesch und Larissa Pflüger zunächst die in Grenz- und Grenzstudien weit verbreitete statische und staatszentrierte Auffassung von „Grenzen“ zurück und verwiesen auf die Besonderheiten unter kolonialer Herrschaft künstlicher gezogener (Staats-)Grenzen auf dem afrikanischen Kontinent, welche ehemalige politische, soziokulturelle, wirtschaftliche und/oder religiöse Einheiten durchtrennen. Vor dem Hintergrund post- und dekolonialer theoretischer Überlegungen untersuchten sie die grenzüberschreitende Gemeinschaft der Kalanga im Grenzgebiet von Botswana und Simbabwe und betonten sowohl physische wie mentale Auswirkungen für deren Mitglieder. Aus den Ergebnissen ihre Studie zogen die Autor*innen weitergehende Schlussfolgerungen für eine Neukonzeptualisierung von „Grenzen“ in den darauf fokussierenden Disziplinen. Richter und Tripathi widmeten sich in ihrem Vortrag der herausfordernden Zusammenarbeit zwischen externen Friedensmissionen und informellen Machtnetzwerken. Dabei beleuchteten sie das oftmals disproportionale Verhältnis zwischen normativer und empirischer Legitimität staatlicher Institutionen in Post-Konflikt-Settings und führten mit dem dynamischen Modell der „gemischten“ Legitimität (blended legitimacy) einen innovativen Ansatz ein, mit welchem die Auswirkungen von Friedensmissionen besser erklärt werden können.

Panel 6: Etablierte und Außenseiter: Neue Ansätze in der Friedens- und Konflikttheorie

Mit dem Ziel, aktuelle Entwicklungen in der Konflikt- und Friedenstheorie zu reflektieren, umfasste das Panel drei Beiträge, die die zentralen Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung aufgriffen: Gewalt, Konflikt, Krieg und Frieden. Der Vortrag von Claudia Brunner stellte auf der Basis einer post- und dekolonial fundierten Kritik enger, physischer Gewaltbegriffe das Konzept der epistemischen

Gewalt vor. Die Referentin diskutierte die Konzepte struktureller und kultureller Gewalt (Johan Galtung), symbolischer Gewalt (Pierre Bourdieu) und normativer Gewalt (Judith Butler). Innerhalb dieser Gewaltkonzepte fragte sie nach dem Epistemischen. Mit Bezug auf den Begriff der epistemischen Gewalt übte der Beitrag dezidierte Kritik an eurozentristischen Konzepten in und von Wissenschaft. Lotta Mayer widmete sich in ihrem Beitrag der theoretischen Konzeptionalisierung gewaltsamer und kriegerischer Eskalationen von Konflikten. Auf der Grundlage des Symbolischen Interaktionismus nach Herbert Blumer zielte sie darauf ab, Eskalationsprozesse im soziologischen Sinne zu *verstehen*. Dazu müsse die Theorie auf der Ebene der Konfliktakteure ansetzen, um deren Sinnkonstruktionen zu erfassen, ohne aber ‚kollektive‘ Akteure zu reifizieren. Vielmehr müssten deren interne Interaktionen, einschließlich innerer Konflikte, analysiert werden – und deren Rückwirkungen auf die Interaktion zwischen den Konfliktparteien betrachtet werden. Der Vortrag von Christoph Weller schlug den Bogen zur Friedenstheorie. Unabhängig von den Ontologien des Friedens werfe jede Friedenstheorie die Frage nach der Perspektivität der wissenschaftlichen Betrachtung auf: Was die einen für (einen Weg zum) Frieden halten, erleben andere als Gewalt. Dies verweise letztlich auf epistemologische Fragen, die in der Friedens- und Konfliktforschung unter anderem von feministischen und postkolonialen Ansätzen aufgeworfen würden. Allerdings würden diese Herausforderungen bisher nicht in ihrer epistemologischen, sondern zumeist nur in ihrer politischen Dimension diskutiert.

Zentral war in allen Beiträgen die Frage, inwieweit Wissenschaft selbst zur Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse, inklusive gewaltsamer, beiträgt. Deutlich wurde darüber hinaus, dass großer Diskussionsbedarf hinsichtlich zentraler Begriffe wie Gewalt, Konflikt, Frieden und Gewaltfreiheit besteht. So wurden in der Diskussion bezüglich der Frage eines engen oder weiten Gewalt- und Konfliktbegriffs unterschiedliche Positionen artikuliert. Theoretischer Pluralismus und epistemische Bescheidenheit lassen sich, so ein Fazit der Diskussion, als eine der Stärken der Friedens- und Konfliktforschung benennen.

Panel 7: Fishbowl: Friedens- und Konfliktforschung in der Ferne – und im Inland? Eine Suche nach Forschungsperspektiven auf Europa und Deutschland

Die Fishbowl war auf eine Diskussion der aktuellen Forschungslandschaft der Friedens- und Konfliktforschung sowie möglicher zukünftiger Forschungsagenden – v.a. im Lichte jüngerer Konflikte und Gewaltereignisse in Deutschland und Europa – und Synergien mit anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen ausgerichtet. Den Auftakt hierzu machten zwei Kurzvorträge, die die generell wahrgenommene Ausrichtung der Friedens- und Konfliktforschung auf Länder im globalen Süden und (semi-)periphere Regionen aus wissenschaftsphilosophischer und politökonomischer Perspektive sowie im Vergleich mit internationalen Trends der Wissensproduktion beleuchteten.

So betonte Claudia Brunner (Universität Klagenfurt) in ihrer Präsentation die Bedeutung einer dekolonialen Perspektive für das (Selbst-)Verständnis sowohl der Forschung als auch aktueller Weltpolitik und sozialer Verhältnisse im Allgemeinen. Sie legte den Ansatz des Modernität/Kolonialität-Kollektivs dar, laut dem es die fortwährenden Formen von Kolonialität im menschlichen Wissen, Sein und sozialen Kategorien wie Gender, Rasse, Nation und Klasse, sowie die mit ihnen einhergehende Auslöschung von untergeordnetem Wissen (Epistemizid), zu enttarnen und umzukehren gilt. Werner Distler (Universität Marburg) trug ein sehr pointiertes, aber wichtiges Argument bei, dass die wirtschaftliche und politische Verflechtung Deutschlands im europäischen und globalen Kontext eine zu große Verantwortung der sozialwissenschaftlichen Erforschung der damit verbundenen Effekte impliziere, als dass eine Abkehr von internationaler Forschung zugunsten von einem größeren Fokus auf inländische/innereuropäische Konflikte vertretbar sei.

Witold Mucha (Universität Düsseldorf) bettete die Fragestellung in den Kontext internationaler Wissensproduktion ein, indem er die vorläufigen Ergebnisse einer Inhaltsanalyse chinesischer, russischer und südafrikanischer akademischer Fachzeitschriften präsentierte und die darin erkennbaren Trends zu mehr regional-spezifischer Forschung als in „Flaggschiff-Journalen“ der internationalen Friedens- und Konfliktforschung diskutierte. Diese Beobachtung wurde v.a. hinsichtlich der Frage kontrovers diskutiert, inwieweit der höhere Impact-Faktor der sog. Flaggschiff-Journale als solcher anzuerkennen sei oder viel mehr als Kreation kapitalistischer und de facto kolonialer Marktstrukturen in der Wissensökonomie gesehen werden müsse.

Viele Gesprächsteilnehmer*innen teilten die Motivation der Fishbowl und wiesen auf anschauliche Beispiele wie den Film "Das Fest des Huhnes" und auf Synergien/Parallelen mit aufs Inland fokussierten Feldern wie der Migrations- oder Armutsforschung. Allerdings wurde auch davor gewarnt, die bereits bestehenden vielfältigen Forschungsaktivitäten zu sozialem Konflikt in Deutschland und Europa zu ignorieren, was auch als Hinweis auf die Notwendigkeit einer besseren Übersicht und Koordination existierender Forschung über Disziplinen und Felder hinweg interpretiert wurde.

Panel 8: Repression und Autocracies

Auf diesem Panel wurden drei englischsprachige Papiere vorgestellt, die sich alle mit autokratischen Regimen und deren repressiven Politiken befassten. Der Beitrag von Adam Scharpf (GIGA Hamburg) widmete sich der Rolle von Angehörigen von Bürokratien in autokratischen Staaten. Scharpf argumentierte, dass es häufig vor allem die mittleren Ebenen von Bürokratien seien, die bereit seien, Aufgaben von Geheimpolizeien zu übernehmen bzw. zu unterstützen. Empirisch stützte er seine These auf die Analyse biographischer Daten von Offizieren im autokratischen Regime Argentiniens von 1975-1983. An den Beitrag schloss sich eine Diskussion darüber an, was einerseits diese Offiziere motiviert, das Regime zu unterstützen, und warum es andererseits für das Regime attraktiv ist, ebene diese Akteure der Bürokratie für sich in Dienst zu nehmen.

Der Beitrag von Alexander De Juan und Felix Haass (beide GIGA Hamburg) befasste sich ebenfalls damit, welche Menschen in autokratischen Regimen wie Karriere machen. Die Autoren analysieren die Vielfalt der Karrierewege von rund 700.000 Kadern der DDR. Ihre vorläufigen Ergebnisse deuten darauf hin, dass vor allem Loyalität, Kompetenz und politischer Einfluss über Netzwerke förderlich auf die Karrieren wirkten, die Wirkung dieser Faktoren jedoch je nach Hierarchieebene unterschiedlich ausfällt. Diskutiert wurde im Anschluss an den Beitrag insbesondere über das wechselseitige Verhältnis von Loyalität, Kompetenz und der Einbindung in soziale und politische Netzwerke.

Eda Keremoglu (Universität Konstanz) beschäftigte sich in ihrem Beitrag damit, wie autokratische Regime neue Informations- und Kommunikationstechnologien nutzen, um ihren Machterhalt zu sichern. Sie untersuchte insbesondere staatseigene autonome Systeme der digitalen Kontrolle und Repression. Die Autorin fragt danach, inwiefern Vertreteter*innen von Autokratien den Zugang zum Internet über diese Systeme regulieren (d.h. ggf. einschränken) können. Die Diskussion im Anschluss drehte sich vor allem um die theoretischen Grundannahmen des Beitrags.

Panel 9: Die institutionelle Bearbeitung politischer und epistemischer Differenzen bei der Etablierung der Friedensforschung in Deutschland

Das Thema des Panels ging von der These aus, dass sich die Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland als ein politisiertes Forschungsfeld entfaltet habe, abhängig von ihren normativen Inhalten, als auch durch ihre unterschiedlich ausgeprägten Praxis- und Handlungsbezüge. Hinzu kamen aber auch erhebliche Politisierungen „von außen“. Insgesamt entstand ein Kontext, in dem die

Friedensforschung mit unterschiedlichen Formen von Politisierung zu tun hatte und hat, die zu vergegenwärtigen sind, wenn sich Friedensforschung aktuell in Debatten einschaltet. Die beiden Papiere des Panels widmeten sich verschiedenen Phasen und Bedingungen der Institutionalisierung der Friedensforschung, um Dynamiken der zeitgenössischen Wissensproduktion und Politisierung zu diskutieren. Stefan Bösch (RWTH Aachen) sieht für die Gründung der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) im Jahr 1968 ein breites Spektrum an disziplinär, politisch und erkenntnistheoretisch unterschiedlichen Akteuren. Dieses spiegelte sich einerseits in den zahlreichen und unterschiedlichen Aktivitäten des Verbands wider und andererseits in den beständigen internen Auseinandersetzungen über das Selbstverständnis der AFK und ihrer thematischen Gegenstände. Bemerkenswerter Weise – so ein Befund Böschs – habe aber gerade der Gegenstand „Frieden“, über den gestritten wurde, zugleich eine normative Kraft entfaltet, die half, interne Konflikte zu überbrücken.

Eine weitere Dimension eröffnete Christoph Wellers Papier (Universität Augsburg) über die 1970 gegründete Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK). Am politisierten Charakter der DGFK konnte kein Zweifel bestehen, denn sie entstand in einem hochpolitisierten Feld sozialliberaler Reformtätigkeit und wurde getragen von elf Bundesländern sowie Gewerkschaften und Kirchen. Die Tatsache der systematischen finanziellen Förderung des Feldes veränderte die Wissensproduktion der Friedensforscher*innen und führte zu einer konsequenteren Verständigung über Grundsätze und Ausrichtung. Die Förderung habe jedoch nicht dazu geführt, den interdisziplinären Austausch in ein interdisziplinäres Forschungsprogramm zu überführen. Vielmehr lasse sich die These aufstellen, dass die politisch herbeigeführte Finanzierung grundlegende erkenntnistheoretische und konzeptionelle Diskussionen innerhalb der DGFK verhindert habe.

Weller wie auch Bösch kamen zu dem Schluss, dass die Arbeitskreis- bzw. Gesellschaftsgründung zu einer erheblichen Konjunktur in der Friedensforschung geführt haben. Zugleich jedoch müsse kritisch gesehen werden, dass jede Form von politisch intendierter Förderung auch Kohärenz befördert und grundlegende epistemische interne Konflikte unterbindet. Für die gegenwärtige Friedens- und Konfliktforschung heißt das, zum einen die eigene Entwicklung weiter kritisch aufzuarbeiten und zum anderen die Finanzierungszusammenhänge und politischen Bedingungen der eigenen Arbeit kritisch zu reflektieren.

Panel 10: Konfliktakteure und die Rolle von Popkultur und (Selbst-)Inszenierung

Das Panel befasste sich mit dem Gebrauch von popkulturellen Artefakten in der Legitimierung von Gewalt und der Schaffung von Identität. Das Papier von Daniel Beck und Alexander Spencer (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg) untersuchte die Rolle von Humor in Rekrutierungsvideos des britischen und schwedischen Militärs, und das Papier von Tim Bausch (Friedrich-Schiller-Universität Jena) und Andrea Schneiker (Universität Siegen) analysierte die Darstellungen der identitären Bewegung in YouTube-Videos. In der Diskussion wurden Fragen über die Grenzen von Popkultur, die Wirkung und Rezeption dieser Videos und sowie nach der Relevanz der Einsichten für die Friedens- und Konfliktforschung gestellt. Die Panelisten betonten hierbei, dass die Einsichten wichtig für den Umgang mit diesen Akteuren in der Gesellschaft ist und dass dies ein erster Schritt zu der Entwicklung von Gegendarstellungen und Kritik dieser Gewalt narrative sein kann.

Panel 11: Migration und Konflikt

Julie Bernath (swisspeace/Philipps-Universität Marburg) stellte in ihrem Beitrag erste empirische Erkenntnisse ihrer Forschung mit syrischen Geflüchteten in Deutschland und im Libanon vor. Sie

fragt danach, wie die Orte, an denen Geflüchtete leben, den subjektiven Sinn und die von ihnen wahrgenommenen Handlungsmöglichkeiten im Rahmen von Transitional Justice beeinflussen. Benjamin Etzold stellte seine gemeinsame Forschung mit Simone Christ und Markus Rudolf im Rahmen eines aktuellen, EU-geförderten Vorhabens am bicc (Bonn) vor. Sie untersuchen die Ursachen von langanhaltenden Vertreibungssituationen und machen individuelle und politische Lösungsansätze sichtbar (d.h. Menschen, die seit mindestens fünf Jahren auf der Flucht sind bzw. im Exil leben, ohne dass eine nachhaltige Lösung für ihre Situation in Aussicht ist). Eine zentrale Frage der Forschung ist, welche Rolle translokale und transnationale Netzwerke in den Lösungsstrategien spielen. Mia Vökler (Universität Leipzig) und Leonie Disselkamp (Philipps-Universität Marburg) fragten in ihrem Beitrag danach, wie die EU ihre Migrationspolitik legitimiert. Hierfür haben die Autorinnen Frames in Dokumenten der EU-Kommission analysiert. Theoretisch greifen sie auf das Konzept der „Versicherheitlichung“ der „Kopenhagener Schule“ zurück.

In der Diskussion wurde besonders die Praxisrelevanz aller drei Beiträge hervorgehoben. Auffällig sei, dass viele politische Akteure überschätzten, in welchem Maße Migration „gemanagt“ werden könnte. Für die Analyse sei es zentral, die Vielfalt der Akteure im „Migrationsmanagement“ in den Blick zu nehmen. Mit Blick auf Theorie und Konzepte wurden insbesondere die übergeordneten Konzepte der „Versicherheitlichung“ und von Transitional Justice diskutiert sowie nach den Zielsetzungen und Projektkontexten der vorgestellten Forschungen gefragt.

3. Ergebnisse der Tagung

Die Tagung rahmten drei Diskussionsstränge, anhand derer sich die Debatten in den einzelnen Panels entfaltete: Welches Selbstverständnis hat die EU von sich in der Welt? Wie agiert die EU im Inneren? Und welche Rolle spielt die EU als Akteur in Konflikten außerhalb?

- Selbstverständnis der EU: Während die EU historisch immer als eine Friedensmacht gesehen wurde, die sich gerade auch in der wirtschaftlichen Integration von Süd- und Osteuropa verdeutlicht, waren genau diese wirtschaftlichen Aspekte im letzten Jahrzehnt der Auslöser für innere Konflikte, die sich in einer Erstarkung auch von rechtsnationalen Parteien manifestiert. Dies zeigte sich insbesondere in den Debatten in Panel 4, der Keynote sowie in der Podiumsdiskussion am Freitagabend.
- Konflikte im Inneren: Durch das Erstarken der rechtsnationalen Parteien sind die Konflikte im Inneren insbesondere durch die Migrationspolitik und den Umgang damit geprägt. Einige Diskussionen zeigten auf, dass die Konfliktlage vielschichtig angelegt ist und grundsätzliche Normen und Funktionen des demokratischen Miteinanders in Europa herausfordert. Traditionelle Repräsentationsformen und Anerkennungsprinzipien werden offen in Frage gestellt, wie insbesondere an gleichstellungs- und geschlechterpolitischen Diskussionen deutlich wird. Diskutiert wurde so unter anderem über die Situation von Frauen-NGOs, und wie die EU ihre Migrationspolitik legitimiert, aber auch dass es zu einem zunehmenden Versicherheitlichungsdiskurs aufgrund der Zuwanderung komme (z.B. Panel 11)
- Akteur auf der internationalen Ebene: Dieser Versicherheitlichungsdiskurs habe nicht nur innerhalb der EU Auswirkungen. In verschiedenen Panels wurden auch die Budgetverschiebungen innerhalb des EU-Haushalts von ziviler Konfliktbearbeitung und Entwicklungszusammenarbeit hin zu mehr Sicherheitspolitik diskutiert (u.a. Panel 3 und 4), die dann zunehmend für den Aufbau von militärischen und polizeilichen Akteuren in anderen Weltregionen genutzt werden. Diese Entwicklung wurde besorgt zur Kenntnis genommen.

Lösungs- oder Interventionsansätze seitens der Friedens- und Konfliktforschung konnten hier noch nicht ausgemacht werden.

Wie sich anhand dieser Darstellung zeigt, sind die Aspekte selbst miteinander verbunden und kaum losgelöst voneinander zu diskutieren. Um dies umfassend zu ermöglichen, bot die Tagung auf unterschiedlichen Ebenen Möglichkeiten:

- Wissenschaftlicher Austausch: Durch die Darbietung der Forschungsarbeiten im Rahmen der verschiedenen Panels wurde der aktuelle Stand der wissenschaftlichen Community vorgestellt und mit Expert*innen diskutiert.
- Vernetzung: In den Pausen, durch die Treffen der Arbeitskreise und bei alternativen Formaten wie etwa Fishbowl-Diskussionen und Stadtrundgang wurde den Teilnehmenden die Möglichkeit geboten, in intensivere Diskussionen einzusteigen und sich über die Tagung hinaus zu vernetzen und so neue Forschungs- und Projektideen zu begründen
- Wissenschaftstransfer: Durch die Einbindung zivilgesellschaftlicher (Marion Böker, Martina Fischer) wie politischer Akteure (Arne Lietz) in das Tagungsgeschehen wurde der Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis aktiv adressiert. Darüber hinaus fanden Diskussionen zwischen universitärer wie außeruniversitärer Forschung statt.